

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Wochentags



Nr. 75

Freitag den 28. März 1919

36. Jahrgang.

Enthüllungen.

Berlin, 26. März. Die „Deutsche Ztg.“ veröffentlicht einige Briefe des Kaisers und des Kronprinzen aus den kritischen Novembertagen v. Js. Der Kaiser schrieb am 9. November an den Kronprinzen, daß er sich entschlossen habe, nach Holland zu gehen, nachdem der Feldmarschall gemeldet habe, daß er sich für die Sicherheit des Kaisers im Großen Hauptquartier nicht mehr verbürgen könne und die Truppen nicht mehr zuverlässig seien. Er rate dem Kronprinzen, auf seinem Posten auszuharren. Unten 11. November schrieb der Kronprinz an die revolutionäre Regierung in Berlin, er habe den Wunsch, auf seinem Posten zu bleiben, um das Meer in guter Ordnung in die Heimat zu führen. Wie sich die Regierung dazu stelle? Am 12. November traf aus Berlin die Antwort der Regierung ein, nach dem Vortrag des Kriegsministers Scheuch müsse die Regierung die Absicht des Kronprinzen ablehnen. Darauf legte der Kronprinz in einem Schreiben an Hindenburg den Oberbefehl nieder, wobei er bemerkte, er habe den Krieg von Anfang an als einen Verteidigungskrieg aufgefaßt und seit 1918 immer wieder verteidigenden Personen gegenüber betont, daß Deutschland den Krieg zu beenden suchen müsse unter Behauptung des Staats vor dem Kriege. Er sei der letzte, der sich einem freiwirtschaftlichen Ausbau des Staatsweins verschließen würde. Diese Auffassung habe er auch dem Prinzen Max von Baden kundgegeben. Trotzdem sei man über ihn als Thronfolger einfach zur Tagesordnung übergegangen, wogegen er protestiere.

Auf eine Anfrage der „Voss. Ztg.“ erklärte der frühere Kriegsminister Scheuch, die von der „Deutschen Ztg.“ veröffentlichten Berichte seien ihm bis jetzt ganz unbekannt gewesen. Die Regierung vom November habe an ihn keine Anfrage bezüglich des Kronprinzen gerichtet und er habe weder dem Reichskanzler Ebert noch der damaligen Regierung darüber einen Vortrag erstattet, die Anfrage des Kronprinzen an die Regierung sei ihm überhaupt nicht bekannt geworden, ebensowenig habe er bis heute von der Antwort der Regierung an den Kronprinzen etwas gewußt. In einem Brief an den Adjutanten des Kronprinzen habe er (Scheuch) auf dessen Anfrage sich dahin geäußert, daß er nie für eine Weile das Kronprinzen ins Ausland sich hätte aus-

sprechen können. Den Uebertritt des Kaisers nach Holland habe er für ein schweres Unglück angesehen. Die „Tägl. Rundschau“ schreibt, daß in der Sache noch weitere Enthüllungen zu erwarten seien. (Die Angelegenheit dürfte wohl durch den in Bälde zusammentretenden neuen Staatsgerichtshof ihre Aufklärung erhalten. D. Schr.)

Neues vom Tage.

Aus dem Verfassungsausschuss.

Weimar, 27. März. In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung wurde ein Antrag Kaufmann einstimmig angenommen, wonach in Artikel 19, Absatz 4 der Regierungsvorlage in folgende Fassung umgeändert wird: „Deutsch-Oesterreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Einwohnerzahl entsprechenden Stimmenzahl. Bis zu der gesetzlichen Regelung haben die Vertreter Deutsch-Oesterreichs beratende Stimme.“ In der vorhergehenden Beratung hatte der Vertreter Deutsch-Oesterreichs, Dr. Ludo Hartmann, den Wunsch ausgesprochen, daß den Vertretern Deutsch-Oesterreichs Gelegenheit gegeben werde, bei der weiteren Beratung der Verfassung an den Sitzungen des Parlaments teilzunehmen zu können; hoffentlich seien die Verhandlungen bald soweit geführt, daß dies möglich wird.

Auf den Antrag des Abg. Vögeler (D. B.) in vom Reichsarbeitsminister folgende Antwort eingegangen: Die Reichsregierung ist bereit, dahin zu wirken, daß in den bevorstehenden Friedensvertrag eine internationale Vereinbarung über die Einführung des regelmäßigen achtstündigen Arbeitstags für die Arbeiter in industriellen Betrieben getroffen wird.

Die finanziellen Lasten des Reichs.

Weimar, 26. März. Reichsfinanzminister Schiffer hat laut „B. T.“ der deutschen Nationalversammlung eine größere Denkschrift über die Finanzen des deutschen Reiches in den Rechnungsjahren 1914—1918 zugehen lassen. Die gesamten laufenden Ausgaben des Reiches, einschließlich Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld, stellten sich vor dem Kriege im Rechnungsjahr 1913 auf etwa 2,4 Milliarden Mark. Die Reichsschuld

betrug zu jener Zeit nicht ganz 5 Milliarden Mark. Der Krieg hat die Schuld des Reiches um voraussichtlich mehr als 160 Milliarden Mark anzuheben lassen. Die laufenden Jahresausgaben um mehr als 12 Milliarden Mark gesteigert. Damit sind jedoch die Lasten, die die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege zu tragen hat, keineswegs erschöpft. Hinzu kommt noch der Steuerbedarf der Einzelstaaten und der Gemeinden und der sonstigen öffentlichen Körperschaften. Der Gesamtsteuerbedarf des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden wird sich in Zukunft auf 19 Milliarden Mark, gegen 5 Milliarden vor dem Kriege stellen.

Zur Vorgeschichte des Krieges.

Berlin, 27. März. Die Zusammenfassung der Deutschen Akten zur Vorgeschichte des Krieges ist abgeschlossen worden. Ihre Veröffentlichung ist im Laufe des Monats Mai zu erwarten.

Berlin, 27. März. Zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ist der Charlottenburger Bürgermeister Dr. Maier in Aussicht genommen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 27. März. General Dubaut ist von Swao für längere Zeit nach Paris abgereist. In seiner Abwesenheit dürfen keine Sitzungen stattfinden.

Nach Mitteilung des französischen General d'Esperey, des Oberkommandierenden der Orientarmee, befinden sich 12000 Deutsche in Konstantinopel, 2000 deutsche Militärs und 200 Zivilpersonen in Odessa und 9600 deutsche Militärs sowie 200 Zivilpersonen in Nikolajewsk. Die Zahl der in Port befindlichen deutschen Truppen kann nicht genau festgestellt werden. Ende Januar wurden 11000 Deutsche als dort befindlich gemeldet. Nach Angabe der britischen Admiralität sollen für die Heimbeförderung der Deutschen aus dem Schwarzmeer-Gebiet, von denen bereits 10000 nach Hamburg unterwegs sind, 7 deutsche Schiffe verwendet werden. Außerdem sollen 7 österreichisch-ungarische Dampfer für die Heimbeförderung der Deutschen aus der Türkei und Südrussland verwendet werden.

Mit der Heimbeförderung der deutschen Zivilpersonen aus Ostafrika ist begonnen worden.

Eine Aufklärung des Marshalls Foch.

Berlin, 27. März. Ausländische Blätter haben

Wie ist das zugegangen?

Erzählung nach einer wahren Anekdote von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Der alte Baron von Salbern hatte für seinen Sohn auch bereits eine Gattin bestimmt und war noch viel weniger geneigt, einen einmal gefaßten Plan wieder aufzugeben.

So war denn die Lage des jungen Barons an der Tafel nicht zu beneiden, da der Oberst Grubenikow die Gelegenheit weidlich benutzte, jeden Augenblick auf sein Verhältnis zu der schönen Schauspielerin anzuspielen und zwar mit Worten, die garnicht mißzuverstehen waren und auch von dem Bankier nicht überhört werden konnten wenn er sich auch so stellte, als höre er garnichts davon.

Endlich war das Diner beendet, die Gäste des Salbernschen Hauses begaben sich in die anstößenden Zimmer, um den Kaffee einzunehmen, zu rauchen oder sich zu einem Spiel niederzulassen. Hier und da entspann sich auch eine angeregte Unterhaltung und was war natürlicher, daß man in diesem Kreise unter anderem auch auf die ersten Schönheiten der Hauptstadt zu sprechen kam.

Der alte Baron von Salbern wurde auch mit hineingezogen und sollte sein Urteil abgeben, welcher Dame er in Petersburg den ersten Preis für Schönheit zusprechen würde. Er erklärte sich sofort für die Gräfin Alexandrine Orloff. Andere wieder, besonders Oberst Grubenikow, stimmten für die Schauspielerin Ninon.

Wieder sah der Oberst die Gelegenheit gegeben, sich an dem jungen und begünstigteren Mitbewerber um die Gunst der Schauspielerin Ninon zu rächen. Er rief sofort:

„Herr Baron, ich glaube wir können es am Besten durch Ihren Sohn entscheiden lassen, wer recht hat, denn er zählt doch zu ihren intimsten Bekannten, wie ihm

in Alexandrine Orloff noch sehr gut bekannt sein dürfte.“

„O, der Streik, wenn wir es so nennen wollen, ist leicht entschieden,“ sagte Viktor von Salbern, ohne sich lange zu bestimmen, denn er merkte sehr wohl, daß ihm der Oberst nur eine Falle stellen wollte, damit er sich zu einer unbedachten Aeußerung hinreißen lasse. „Gräfin Alexandrine Orloff ist nach meiner Meinung die schönste Dame der Petersburger Gesellschaft.“

„Ist das Ihre wirkliche Meinung?“ lächelte der Oberst verschmitzt.

„Warum zweifeln Sie daran,“ entgegnete Viktor von Salbern erheitert. „Können Sie daran zweifeln, daß ich das reine seelenvolle Auge der Gräfin Orloff den herausfordernden Blicken der Ninon vorziehe?“

„Wie, Sie werden zum Dichter, Herr Baron, das klingt ja fast als hätten Sie schon recht, recht tief in die Augen der Gräfin geschaut.“

„Das muß nicht unbedingt der Fall sein, Herr Oberst. Ich bestreite garnicht, daß die Ninon schön ist — sehr schön, wenn Sie es hören wollen, aber um ihre Schönheit voll zur Geltung zu kommen, mangelt ihr einer der höchsten Reize — das Nichtbewußtsein ihrer Schönheit.“

„Ah, und — die Gräfin? Sie ist doch so schön.“

„Nach meiner Ueberzeugung hat sie ihn. Die Gräfin besitzt diesen Hauber im vollen Umfange. Unbewußt hebt sie das Schimmernde aus, daß so himmlisch schön ist — ihr Lächeln ist so unschuldig, ihr Blick so unbesonnen und unschuldig, daß man sofort erkennen muß, daß man eine Schönheit vor sich hat, der es nicht an Herzensbildung mangelt und sie dadurch den Namen einer wirklichen Schönheit verdient.“

„Und die Ninon?“

„Herr Oberst, die Ninon ist in sefter Linie Schauspielerin und schon dadurch mehr wie jede andere Gönnerin, ihre Schönheit den Menschen gegenüber zur Ver-

teidung zu bringen. Jede ihrer Handlungen und Bewegungen ist berechnet und daher bei dem unbesangenen Beobachter von anderer Wirkung. Sollten Sie das noch nicht empfunden haben?“

„So tief habe ich mich noch nicht in das Weien der Ninon versenkt und bei der Gräfin Alexandrine hatte ich noch weniger Gelegenheit ihr wahres Wesen zu studieren. Sie sind jünger und daher für dergleichen tiefergründige Unterscheidungen maßgebender.“

„Sie wollten ja mein Urteil hören, Herr Oberst, warum sollte ich da zurückhalten. Ich kann mich kurz dahin aussprechen: Beide Damen sind schön — sind Perlen ihres Geschlechts, Ninon ist die Perle, welche elegant gefaßt am besten in den Schmuckkasten eines Zumeister-paß, dort prangt und begehrtliche Blicke auf sich lenken soll; die Gräfin Alexandrine ist aber nach meiner Ueberzeugung eher eine Perle, die wohl auch im Lichte u reinstem Glanze strahlt, die aber doch nicht so zur Schau gestellt sein will — so halte ich sie denn auch für die Schönste unter den Petersburger Damen.“

„Ha, ha, ha!“ lachte der Oberst boshaft. „Sie erheitert sich, werden zum Dichter — ja, da muß man Ihnen schon zustimmen, schon aus Mitleid für Ihre Lunge, denn Sie haben sich wirklich aus dem Aem geteilt.“

Der alte Baron, der diese Unterhaltung zwischen seinem Sohn und dem Obersten ohne ein Wort zu sagen mit angehört hatte, schallte nur leise vor sich hin. Die Worte, die hierbei gefallen waren, hatten ihn köstlich amüsiert. Als sich der Oberst dann aber einige Minuten entfernt und er sich mit seinem Sohne alleine befand, ergab er denselben zu sich auf ein Sofa, in welches er sich selbst behaglich zurücklehnte und sagte, dann:

„Wir sind jetzt alleine Viktor, ich muß einige Worte mit Dir sprechen. Ich kann Dir mit wahren Vergnügen sagen, daß ich entsetzt habe, wie Du anfangst zu verurteilen zu kommen —“



mit Erhöhung der bisherigen Verkaufspreise zum 1. April angenommen. Sie beträgt für kleinere Lokalblätter 10 Pfennig, für mittlere und einmal täglich erscheinende größere Blätter 20 Pf. und für zweimal täglich erscheinende Blätter 30 Pf. monatlich. Von den Postbeziehern kann die erhöhte Gebühr nur für die Monate März und Juni nachgehoben werden. Der Vorstand der Dienststelle Stuttgart der Papier-Kriegswirtschaftsstelle, Direktor Terlich, gab einen Überblick über die gegenwärtige Lage der Druckpapier-Herstellung. Ueber die Forderung der Zeitungsverleger an die staatlichen Behörden, die amtlichen Bekanntmachungen sämtlichen Zeitungen von einer bestimmten Auflagehöhe gegen Bezahlung des festgesetzten Zeilenpreises zu überweisen, und über die Amtsblattfrage entwickelte sich nach einem Referat des Herrn Kirchner-Göppingen eine ausgedehnte Aussprache. Eine Kommission wurde damit beauftragt, eine Denkschrift auszuarbeiten, die der Staatsregierung und den Vertretern des Zeitungswesens in der Landesversammlung übergeben werden soll. Die von einem besonderen Ausschuss vorgelegten Muster von Anzeigenpreis- und Rabatt-Tarifen, durch deren Einführung das Anzeigenwesen besonders bei den kleineren und mittleren Zeitungen in gesündere Bahnen gelenkt werden soll, fand allgemeine Zustimmung. Einmütig wandte sich die Versammlung gegen die beabsichtigte Verlegung der Dienststelle Stuttgart der Papier-Kriegswirtschaftsstelle nach München. Unterstaatssekretär Hilfer wünschte, daß das Verhältnis zwischen Regierung und Presse vertrauensvoller werde als unter dem alten Regime. Es könne für die Regierung nur von Vorteil sein, wenn sie Gelegenheit finde, in allen die Presse berührenden Fragen mit einer Berufsvertretung zu beraten. Die gegenwärtige Regierung habe eine Presseabteilung geschaffen, der die Durchsicht sämtlicher württembergischen Zeitungen obliege. Dieser Stelle könne keine in den württ. Blättern enthaltene Anregung entgegen; sie werde sofort demjenigen Ministerium übergeben, für das sie Interesse habe. Seine kurze Tätigkeit als Regierungsmann habe keine alte, als Berufszeitungsmanu erworbene Ueberzeugung nur bestärkt, daß jeder Beamte eine möglichst umfangreiche Kenntnis des Zeitungswesens haben sollte. Er halte es geradezu für unerlässlich, daß jeder Verwaltungs- und Gerichtsbeamte sich über ein praktisches Studienjahr an einer Zeitung ausweisen sollte, um für den höheren Staatsdienst geeignet zu sein. — So freimütige, tiefe und warmherzige Anteilnahme an allen das Zeitungswesen berührenden Dingen verratende Worte sind wohl selten von einem Staatsmann vor einer großen Versammlung von Zeitungsleuten gesprochen worden. Sie fanden denn

auch den herzlichsten Dank der Zeitungs- und allgemeinen württ. Beifall.

(*) **Stuttgart, 27. März.** Zum Generalstreik. Von städtischen Betrieben haben die Arbeiter im Gaswerk mit 161 gegen 88 Stimmen für den Streik gestimmt, ähnlich ist das Ergebnis im Elektrizitätswerk. Die städt. Berufsfeuerwehr will neutral bleiben. In den meisten Betrieben der Metallindustrie ergaben sich, lt. „Schwab. Tagwacht“, Mehrheiten für den Generalstreik. Das Bürgertum hat als Gegen demonstration einen allgemeinen Bürgerstreik vorbereitet. Alle Geschäfte sollen, wenn es zum Generalstreik komme, geschlossen werden, die Ärzte und Apotheken ihre Tätigkeit einstellen, desgleichen sämtliche Lebensmittelgeschäfte. — Im Daimlerbetrieb in Sindelfingen sprachen sich 1045 Stimmen für, 925 gegen den Generalstreik aus. — Der A. und S. Rat Feuerbach hat mit 18 gegen 8 Stimmen das „Aktionsprogramm“ des Einigungsausschusses abgelehnt.

Die Betriebsvertrauensleute der sog. Partei Groß-Stuttgarts fordern von der Regierung: Sofortige gesetzliche Sicherung der Betriebsräte; beschleunigte Vornahme der Gemeinderatswahlen; Beseitigung regierungsfeindlicher Beamten; ausreichende Versorgung der Arbeiterpresse mit Papier; entschlossene Wohnungsfürsorge durch Staat und Gemeinden; rücksichtsloses Zugreifen gegenüber allem Wucherer- und Spekulantentum; sofortige Durchführung der Gerichtsverhandlung gegen die Spartakusführer bei voller Verteidigungsfreiheit für die Angeklagten; fortlaufende öffentliche Berichte der Ausschüsse für Sozialisierung; Festlegung der Sozialisierungspflicht in der Verfassung; Sicherung ausreichender Löhne und des Achtstundentags; sofortige Verhängung staatlicher Kontrolle über die Industrie für Herstellung von Kleidung und Schuhwerk; erneute Prüfung aller Einrichtungen zur Lebensmittelverteilung.

Die Regierung hat diesen Forderungen zugestimmt.

(*) **Stuttgart, 27. März.** (Fernhaltung d. des Zugugs.) Die für die Stadtgemeinde Stuttgart erlassenen Bestimmungen über eine Fernhaltung der zuziehenden Auswärtigen sind auf folgende Gemeinden ausgedehnt worden: Birkach, Botnang, Fellbach, Feuerbach, Hedelfingen, Hofen, Kallental, Mähringen, Münster, Obertürkheim, Plieningen, Rohrbach, Schmidlen, Sillenbuch, Vaihingen a. F.

(*) **Stuttgart, 27. März.** (Schubpol.) In Ludwigsburg wurden mehrere Jenner Tabak auf dem Wiererbahnhof beschlagnahmt, die unter falscher Angabe nach Singen aufgegeben waren. Der Nebenstelle Teutkirch gelang es, ein im Dezember 1918 aus Karlsruhe entwendetes vollständig neues Forderflugzeug

im Wert von ungefähr 40 000 Mark ausfindig zu machen und zu beschlagnahmen. Das Flugzeug befand sich auf einem abgelegenen Hof in der Nähe von Teutkirch, wohin es seiner Zeit von Karlsruhe auf dem Luftweg gebracht wurde.

(*) **Stuttgart, 27. März.** (Lebensmittelwucher.) Dörrrost, das vor kurzem für den Handel freigegeben wurde, wird jetzt zu 6 und 7,50 Mk. verkauft. Der Preis hat sich also in drei Wochen verdoppelt.

Die deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) gegen den Generalstreik.

Der engere Landesauschuss der Deutschen Gewerksvereine Württembergs und die Vertrauensleute befassten sich in einer Sitzung am 26. März mit der Frage des Generalstreiks, wobei folgende Entschliessung gefasst wurde:

Der Generalstreik ist die schärfste, aber auch die gefährlichste Waffe im wirtschaftlichen Kampfe, ihre Anwendung würde sich gerade im jetzigen Augenblick gegen die Arbeiter selbst richten. Umsonst, als Terrorismus Gewalt, Hunger und Elend die Begleiterscheinungen sein würden. Wir lehnen jede Gemeinschaft mit solchen Absichten als ein Verbrechen am Volk und an der Arbeiterschaft ab.

Nachdem sich die politische Umwandlung zu Gunsten der Arbeiterschaft vollzogen hat, und die Neugestaltung des Wirtschaftslebens angebahnt wurde, ist für uns gewissenhafte Pflichterfüllung und hingebende Arbeit zum Wohl des Ganzen das Gebot der Stunde.

D. P. C. Oberpräsident Lippmann. An Stelle des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis ist als Oberpräsident für die Provinz Pommern der Deutsch-demokratische Abg. Justizrat Lippmann in Stettin in Aussicht genommen. Gerade die Provinz Pommern hat bisher nur stets hochkonservative Oberpräsidenten gekannt. Seit vielen Jahrzehnten hat in dieser nach dem früheren Oberpräsidenten v. Puttkamer im Volksmund Puttkamerer genannt Provinz niemals ein Oberpräsident gewaltet, der auch nur im allerentferntesten liberaler Gesinnung verdächtig war. Justizrat Lippmann steht im Alter von 55 Jahren. Ein geborener Westpreuße, lebt er seit 1892 als Rechtsanwalt in Stettin. Er war Mitglied des Abgeordnetenhauses für Stettin seit 1903 und wurde für den Wahlbezirk Pommern sowohl in die Nationalversammlung, wie in die Preussische Landesversammlung gewählt. Er lehnte jedoch das Mandat für die Landesversammlung ab.

Befugung des Ministeriums des Innern über das polizeiliche Meldewesen.

Vom 24. Februar 1919.

Der § 4 der Meldepolizeiordnung vom 30. Dezember 1913 (R.g.-Bl. S. 353) erhält mit sofortiger Wirkung nachstehende Fassung:

§ 4.

Wirte und andere Personen, die Gäste gegen Entgelt zu beherbergen pflegen, haben über die bei ihnen übernachtenden Personen fortlaufende Verzeichnisse in Form eines Fremdenbuchs zu führen, worin der Tag der Aufnahme und der Abreise, Geschlechtsname (bei Frauen auch Mädchennamen), Vorname, Personenstand, Beruf, Geburtstag und Geburtsort, Wohnort und Staatsangehörigkeit jedes Übernachtenden einzutragen sind.

Jedem Gast ist alsbald nach seiner Ankunft das Fremdenbuch mit der Aufforderung vorzulegen, die vorgeschriebenen Einträge selbst zu vollziehen. Von deren vollständiger, leserlicher Ausführung ist die entgeltliche Aufnahme abhängig zu machen. Einträge durch einen Mitreisenden oder den Wirt sind nur für Kinder unter 14 Jahren und für Personen zulässig, die schreibenunfähig oder durch Krankheit oder Gebrechen am Schreiben verhindert sind; in solchen Fällen ist kenntlich zu machen, daß es sich um eine stellvertretende Ausfüllung handelt.

An Stelle des Fremdenbuchs können den Gästen lose Aufnahmesettel (Anmeldezettel) zur Ausfüllung vorgelegt werden; auf Anordnung der Ortspolizeibehörde muß dies geschehen. In diesem Falle sind die Einträge in das Fremdenbuch vom Gastwirt alsbald zu vollziehen.

Das Fremdenbuch oder Ausfüllungsdar aus sind der Ortspolizeibehörde in regelmäßiger, von ihr zu bestimmender Wiederkehr vorzulegen.

Die Fremdenbücher und gegebenenfalls die Aufnahmesettel sind mindestens 2 Jahre lang, letztere nach dem zeitlichen Anfall geordnet, aufzubewahren und bei der Geschäftsaufgabe dem Nachfolger, bei Geschäftsaufgabe der Ortspolizeibehörde zu übergeben.

Diese Vorschriften gelten auch für private Krankenhäuser und Erholungsheime, soweit es sich um die Aufnahme von in der Gemeinde nicht ansässigen Personen handelt. Erleichterungen, insbesondere für Krankenhäuser, die ausschließlich oder überwiegend bettlägerige Kranke aufnehmen, können durch oberamtliche Anordnung widerruflich zugelassen werden. Ortspolizeiliche Vorschriften, die mit vorstehenden Bestimmungen in Widerspruch stehen, treten außer Kraft.

Stuttgart, den 24. Februar 1919.

Studemann.

Städt. Arbeitsamt Wildbad.

Fernsprechanschluß Nr. 140.
(Im Lebensmittelamt)
Kostenlose Stellenermittlung.

Zum sofortigen Eintritt werden gesucht:

a.) **Männlich:** Möbelschreiner, Expedier, Hausdiener, Kellerbursche.

b.) **Weiblich:** Köchin, Dienstmädchen.

Stellen suchen: Zimmermädchen, Servierfräulein, Saalwärter, Pflegerfräulein (in der 1. Fremdenb. im), Kassierin, Wäsche, Putz- u. Monatsfrau.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer Ortsgruppe Wildbad.

Am Sonntag, den 30. März 1919 werden die Kriegsbeschädigten und Kriegervitwen von Sprossenhaus und Nonnenmisch zu einer Besprechung im Gasth. zur Krone in Sprossenhaus herzlich eingeladen.

Es ist mir gelungen, noch einige hundert Meter

Wollstoffe

140 cm. breit a. 28.50 per Mtr.

zu erwerben.

Diese Ware stammt aus ganz vorzüglichem Material, und eignet sich ganz besonders für Poppen und Westen-Damen-Herren u. Kinder-Mäntel, Jacken Pelereien, Ober- und Unterröcken

Bett- und Reisedecken

Eingegangen sind ferner

130 cm. breite Stoffstoffe a. 30.50

Ph. Bosch, Wildbad

Telefon Nr. 32

Frisch gewässerte

Stockfische

empfiehlt

Adolf Blumenthal.

Fuss-Abstreifer

aus hartem Buchenholz, als Ersatz für Fußmatten, empfiehlt per Stück Mk. 2.50 und Mk. 3.

Robert Treiber.

Druck und Verlag der B. Göttschewski'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich E. Reithardt, a. d. B. 111.

Wildbad

Zu unserer am

Samstag, den 29. März 1919

im Gasthaus zur Sonne

stattfindenden

Hochzeitsfeier

erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte abends zu einem Glas Wein höflich einzuladen und bitten dies als persönliche Einladung betrachten zu wollen

Karl Bolt
Luise Treiber.

Zur Frühjahrsbestellung empfehle ich nur prima Saatgut

Stangenbohnen, Buschbohnen

in div. Sorten, sowie

Carotten, Zwiebel, Mangold

und sonstige Gemüsesamereien.

Martin Gauß Gärtner.

Leder

kranz

Wildbad.

Heute Freitag abend

„ungstunde“

im Lokal

Der Vorstand.

Zwei einfache

Fräulein,

28 und 19 Jahre alt, suchen Stellung in Ladengeschäft. Offerte und Zeugnisabschriften liegen bei der Exped. ds. Bl. zur gefl. Einsicht auf. [272]

Einen ordentlichen

Jungen

der das Flaschnerhandwerk erlernen will, nimmt in die Lehre.

Rudolf Pfau,
Flaschnermeister.

Ein kleiner Posten selbstgraues

Tuch,

sowie sehr starker, grauer

Stoff,

für Anzüge und Hosen, ist etw. offen und kommt derselbe zu dem mir, vom Reichsam vorgeschriebenen Preis zum Verkauf bei

Robert Hievinger,
Schneidermeister.

Ein gebrauchtes

Fahrrad

hat zu verkaufen. [271]

Zu erfragen in der Exped.

Dr. Hözles

Krampfhusten - Tropfen

sind vorrätig

in allen Apotheken